

25 Jahre nach der Katastrophe: Der politische Umgang mit Tschernobyl in Belarus

Von Astrid Sahn, Minsk

Zusammenfassung

25 Jahre nach Tschernobyl erklärt die belarussische Führung, dass es dank ihrer umfassenden Aktivitäten keine wesentlichen erkennbaren Katastrophenfolgen mehr gibt. Diese Position wird von atomfreundlichen internationalen Organisationen bestätigt, während Gegner der zivilen Atomenergienutzung zu anderen Bewertungen gelangen. Auch die innenpolitischen Konflikte des Landes spiegeln sich im Umgang mit dem Thema Tschernobyl wider. Zivilgesellschaftlichen Initiativen gelingt es lediglich ansatzweise, hier brückenbildend zu wirken.

Einleitung

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gilt historisch als erste globale technologische Katastrophe. Obwohl sich die Explosion auf ukrainischem Gebiet ereignete, ist Belarus das Land, welches am meisten unter den Katastrophenfolgen zu leiden hat. Etwa 70 % des durch die Reaktorexpllosion am 26. April 1986 in die Atmosphäre geschleuderten Fallouts sind auf belarussischem Territorium niedergegangen. Hierdurch wurden 23 % der Landesfläche mit über 1 Ci/km² Cäsium-137 radioaktiv kontaminiert, auf der etwa 2,2 Mio. Menschen lebten. Tschernobyl bezeichnet dementsprechend eine nationale Tragödie, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens berührt. Der dem Land durch die Katastrophe entstandene volkswirtschaftliche Schaden wird offiziell mit 235 Mrd. US-Dollar für die Jahre 1986 bis 2015 beziffert (Tab. 3 auf S. 21). So wurden u. a. 20 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche verstrahlt, über 138.000 Menschen wurden umgesiedelt, etwa 1,5 Mio. Menschen werden regelmäßigen medizinischen Kontrolluntersuchungen unterzogen etc.

Auf dem Weg zur »Wiedergeburt« der verstrahlten Gebiete

Die Bewältigung der Folgen von Tschernobyl stellt somit eine zentrale politische Aufgabe im Land dar. Erfolgte die unmittelbare Katastrophenbekämpfung in den Jahren 1986/87 noch weitgehend in sowjetischer Regie, ging die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit von Belarus mit der Erarbeitung einer umfassenden Tschernobyl-Gesetzgebung einher, die weitreichende Umsiedlungsmaßnahmen und soziale Leistungen vorsah. Ungeachtet der schweren Wirtschaftskrise gelang es der belarussischen Regierung einen großen Teil dieser Maßnahmen in den ersten Jahren nach der Auflösung der Sowjetunion umzusetzen. Mit der 1994 erfolgten Wahl von Aljaksandr Lukaschenka zum ersten belarussischen Präsidenten setzte auch ein Wandel in der staatlichen Tschernobyl-Politik ein. Anstelle der Umsiedlung

aus den verstrahlten Regionen erhielt nun die Wiederherstellung von normalen Lebensbedingungen in den betroffenen Gebieten oberste Priorität. Der Präsident präsentierte sich dabei bei seinen mit hohem Medienaufwand inszenierten Reisen in die sogenannte Tschernobyl-Zone als Rettung bringender nationaler Übervater.

Allerdings lässt sich der unter Lukaschenka vollzogene Wandel in der Tschernobyl-Politik nicht einfach mit dem Wunsch der Führung erklären, sich als erfolgreicher Katastrophenmanager zu präsentieren. Vielmehr war angesichts der drohenden Arbeitslosigkeit an den neuen Wohnorten die Umsiedlungsbereitschaft bei vielen Menschen in den verstrahlten Regionen geschwunden, Bürgerkriegsflüchtlinge aus anderen postsowjetischen Staaten zogen zu. Insofern forderten die Menschen von der Politik, auch Maßnahmen für ein möglichst risikofreies Leben in den Tschernobyl-Regionen zu entwickeln. Obwohl die im Staatshaushalt bereitgestellten Mittel in den vergangenen Jahren proportional kontinuierlich reduziert wurden (Grafik 3 auf S. 21), sind von den staatlichen Stellen in der Tat erhebliche Anstrengungen unternommen worden, um medizinische Vorsorge und Behandlung zu verbessern, neue landwirtschaftliche Methoden zur Erzeugung unbelasteter Produkte zu entwickeln etc. Dass dabei der Personenkreis der als betroffen und damit fürsorgebedürftig eingestuften Personen schrittweise reduziert wurde (Grafik 1 auf S. 20), wird offiziell damit begründet, dass sich die radioaktive Belastung aufgrund der natürlichen Zerfallsprozesse allmählich reduziert. So gelten inzwischen nur noch 14,5 % der Landesfläche als verstrahlt (Tab. 1 auf S. 20).

Ambivalente Erfolgsmeldungen

Anlässlich des 25. Jahrestags der Reaktorkatastrophe verkündete die belarussische Führung in ihrem nationalen Bericht stolz, dass das Land inzwischen über unschätzbbares Wissen im Umgang mit atomaren Katastrophen verfüge, das es in andere Länder exportieren könne. Gleichzeitig erklärte sie, dass nicht zuletzt dank der getroffenen

Schutzmaßnahmen, bei der von der Tschernobyl-Katastrophe betroffenen Bevölkerung keine wesentliche Verschlechterung des Gesundheitszustands im Vergleich zur Gesamtbevölkerung festzustellen sei und es nur noch wenige, privat erzeugte Lebensmittel gäbe, deren Radioaktivitätsgehalt über den geltenden Grenzwerten liege (Grafik 4 auf S. 22). Die Überzeugungskraft dieser Aussagen wird jedoch dadurch beeinträchtigt, dass keine Zahlen zum Nachweis der wirtschaftlichen Rentabilität von landwirtschaftlichen Aktivitäten in den verstrahlten Regionen angeführt werden. Ebenso werden keine differenzierten medizinischen Statistiken veröffentlicht. Immerhin wird angegeben, dass zum 1. Januar 2011 in Belarus immerhin 10.655 Menschen lebten, deren Invalidität offiziell als eine Folge der Tschernobyl-Katastrophe anerkannt wurde. Dabei handelt es sich überwiegend um Liquidatoren, wie die 1986 bis 1989 eingesetzten Teilnehmer an den Arbeiten zur Begrenzung der Katastrophenfolgen genannt werden. Insgesamt sind in Belarus derzeit offiziell 91.000 Liquidatoren registriert (Tab. 2 auf S. 20).

Mit der Bewertung der Katastrophenfolgen von Tschernobyl befindet sich die belarussische Führung freilich – im Unterschied zu vielen anderen politischen Fragen – im Einklang mit großen internationalen Organisationen, wie der UNO und ihren Tochterorganisationen, der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) und der Weltgesundheitsbehörde (WHO), aber auch der EU und der OSZE. So wurde 2003 unter Federführung der IAEA ein Tschernobyl-Forum gegründet, dessen 2005 veröffentlichter Bericht mit Ausnahme von Schilddrüsenkrebs ebenfalls keine signifikanten medizinischen Katastrophenfolgen anerkannte. UNO, OSZE und zahlreiche EU-Länder beteiligten sich zudem 2003 an der Auflage des CORE-Programms (CORE = Cooperation for Rehabilitation), das bis 2008 in vier belarussischen Pilotregionen in der Tschernobyl-Zone erprobt wurde. Und die UNO erklärte die Jahre 2006 bis 2016 zur UN-Dekade für die Rehabilitation und Entwicklung der verstrahlten Regionen.

Einfluss der Atomenergiedebatten

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Konfliktlinien bei der Bewertung der medizinischen Folgen von Tschernobyl in den letzten Jahren parallel zu den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Frage der zivilen Atomenergienutzung verlaufen sind. So kommen atomkritische Organisationen, wie Greenpeace oder IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.), in ihren Tschernobyl-Berichten zu grundsätzlich anderen Einschätzungen des Gesundheitszustandes der betroffenen Bevölkerung (Tab. 4 auf S. 22). Dabei machen

sie auch auf von IAEA, WHO unbeachtete Probleme aufmerksam, wie Erkrankungen des Nervensystems, Müdigkeitssyndrome, genetische Veränderungen etc. Es ist in jedem Falle auffallend, dass die Annäherung der Position der belarussischen Führung an die Bewertung von IAEA und WHO einher geht mit der Beschlussfassung über den Bau eines Atomkraftwerks im Land. Eine öffentliche kritische Diskussion über die AKW-Option wird faktisch nicht zugelassen. An dieser Situation änderte auch der durch das Erdbeben in Japan ausgelöste GAU im AKW Fukushima nichts. Vielmehr unterzeichneten Belarus und Russland Mitte März 2011 unbeeindruckt von den japanischen Ereignissen eine Regierungsvereinbarung über den gemeinsamen Bau eines AKW auf belarussischem Territorium an der Grenze zu Litauen. Ebenso wurden Forschungsergebnisse einheimischer Wissenschaftler, die auf genetische oder neuropsychische Veränderungen bei den Betroffenen hinweisen, nicht in den Nationalbericht integriert.

Auch die internationale zivilgesellschaftliche Tschernobyl-Hilfe wird von der belarussischen Führung nur bedingt anerkannt. So wird ihr Wert häufig nur im Hinblick auf ihren finanziellen Beitrag zu Investitionen bewertet, wonach ihre Bedeutung im Vergleich zur umfangreichen staatlichen Hilfe verschwindend gering sei. Zudem werden die Tschernobyl-Initiativen auch regelmäßig verdächtigt politische Ziele zur Veränderung des Regimes zu verfolgen. Insbesondere der Einfluss der westlichen Kultur auf die zur Erholung ins Ausland eingeladenen belarussischen Kinder ist von Aljaksandr Lukaschenka mehrmals als negativ kritisiert worden. Immerhin sind in den letzten 20 Jahren über 850.000 Kinder zur Erholung ins Ausland eingeladen worden (Tab. 6 auf S. 23). Infolgedessen wird die humanitäre zivilgesellschaftliche Hilfe durch zahlreiche bürokratische Registrierungsauflagen erschwert. Dass die humanitäre Hilfe und die Anzahl der Initiativen in den letzten Jahren rückläufig ist, hat freilich auch viel damit zu tun, dass Tschernobyl in der westlichen öffentlichen Aufmerksamkeit durch andere Katastrophen verdrängt wird und viele Anfang der 1990er Jahre gebildete Initiativen Probleme haben, Nachwuchs zu finden. Dennoch gibt es allein in Deutschland derzeit immer noch über 500 aktive Tschernobyl-Initiativen. Insgesamt engagieren sich in praktisch allen europäischen Ländern bis heute Tschernobyl-Initiativen, so dass man sagen kann, dass sich in Reaktion auf die Katastrophe von Tschernobyl eine einzigartige gesamteuropäische Solidaritätsbewegung gebildet hat.

Bedeutung zivilgesellschaftlicher Initiativen

Die europäische Solidaritätsbewegung ist durch die Partnerschaftstagung des Internationalen Bildungs- und

Begegnungswerks in Dortmund und der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte »Johannes Rau« Minsk im April 2011 in Belarus erstmals zusammengeführt worden. Über 400 Teilnehmer aus 12 Ländern diskutierten vier Tage lang miteinander die Perspektiven ihrer Projektarbeit, setzten sich mit medizinischen Folgen und Fragen der Energieversorgung auseinander. Im Mittelpunkt standen außerdem das Gespräch mit den noch lebenden Liquidatoren sowie die Erinnerung an die bereits verstorbenen Katastrophenopfer. Die Konferenz war Bestandteil eines größeren durch die Mercator-Stiftung geförderten Projekts des IBB, das auf die Förderung einer aktiven europäischen Erinnerungskultur zielt, die ein gesellschaftliches Lernen aus der Tschernobyl-Katastrophe ermöglichen soll.

Die belarussische Führung selbst führte im Unterschied zum 20. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe anlässlich des 25. Jahrestags keine großen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen durch. Der Präsident besuchte in traditioneller Manier die Tschernobyl-Zone, eine Gruppe von Liquidatoren wurde in das Parlament eingeladen und am Jahrestag fand, wie in den Vorjahren, ein orthodoxer Gottesdienst in der Gedenkkirche im Minsker Park der Freundschaft statt. Darüber hinaus gab es zahlreiche kleinere Veranstaltungen, Ausstellungen etc. in Minsk und den verstrahlten Regionen. In den letzten Jahren hat die belarussische Führung außerdem ein besonderes Augenmerk auf die Errichtung von Denkmälern für die entsiedelten Dörfer und verstorbenen Liquidatoren gerichtet. Diese Denkmäler folgen in ihrer Ästhetik den traditionellen Denkmälern zur Erinnerung an den Sieg im Zweiten Weltkrieg, worin sich widerspiegelt, dass sowohl die Menschen als auch die Behörden die Tschernobyl-Katastrophe vorrangig durch das Prisma des Zweiten Weltkriegs verarbeiten. Hierin

zeigt sich zugleich auch die Position der offiziellen Politik, die radioaktive Gefahr ähnlich wie den deutschen Feind im Krieg besiegen zu wollen.

Politische Konfliktlinien

Die Veranstaltungen zum 25. Jahrestag von Tschernobyl blieben nicht unberührt von der seit den Präsidentschaftswahlen vom 19. Dezember 2010 vorherrschenden politischen Gesamtsituation. So knüpfte der Präsident der EU-Kommission Barroso seine Teilnahme an der internationalen Tschernobyl-Konferenz im April 2011 in Kiew an die Abwesenheit des belarussischen Präsidenten Lukaschenka. Die ukrainische Führung versuchte diese Situation dadurch zu entschärfen, dass sie die Präsidenten von Belarus und Russland am 26. April 2011, d. h. genau am Jahrestag, zu einem Besuch des AKW Tschernobyl einlud. Letztendlich verzichtete Lukaschenka jedoch vollständig auf einen Besuch in der Ukraine – nicht ohne Barroso öffentlich wüst zu beschimpfen. Die belarussische Führung ihrerseits erteilte den Oppositionsgruppen keine Genehmigung, ihren traditionellen Tschernobyl-Marsch entlang der bisher üblichen Route mit Start an der Akademie der Wissenschaften durchzuführen. Die Veranstaltung durfte jedoch in der Nähe der Tschernobyl-Gedenkkirche am Bangalor-Platz stattfinden. Infolge der in der Gesellschaft vorherrschenden Angst kamen jedoch nur wenige hundert Personen zu dem Meeting. Tschernobyl bleibt damit ein Thema, das die Menschen in Belarus allen Normalisierungsbestrebungen zum Trotz politisch spaltet. Gleichzeitig kann sich das brückenbauende Potential, das der Tschernobyl-Problematik aufgrund des globalen Charakters der Katastrophe und der weitreichenden Solidaritätsbewegung innewohnt, bisher nur in Ansätzen entfalten.

Über die Autorin:

Dr. Astrid Sahm (*1968) ist Politikwissenschaftlerin und derzeit als deutsche Leiterin der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte »Johannes Rau« in Minsk tätig. Zu ihren Forschungsthemen gehören Fragen der Nationalstaatsbildung und der politischen Transformation sowie der Umwelt- und Energiepolitik im postsowjetischen Raum.

Lesetipps:

- Astrid Sahm, Die Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl für Belarus. Dimensionen, politische Reaktionen und offene Fragen, in: Lutz Mez/Lars Gerhold, Gerhard de Haan (Hrsg.): Atomkraft als Risiko. Analysen und Konsequenzen nach Tschernobyl, Frankfurt a.M. u. a. 2010, S. 153–165.
- Department for Mitigation of the Consequences of the Catastrophe at the Chernobyl NNP of the Ministry of Emergency Situation of the Republic of Belarus: Reviving our homeland. Special edition for the 25th anniversary of the Chernobyl catastrophe, Minsk 2011, http://rbic.by/images/stories/articles/files/special_25th_enu.pdf
- Internationales Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund (Hg.) Tschernobyl und die europäische Solidaritätsbewegung, Dortmund 2011.
- Astrid Sahm/Manfred Sapper/Volker Weichsel (Hrsg.): Tschernobyl: Vermächtnis und Verpflichtung, Berlin 2006 (= OSTEUROPA 4/2006). 272 S., 15,- €. Inhaltsverzeichnis und Abstracts: <http://dl.o.e.dgo-online.org/issues/dl/0604de.pdf>; zu bestellen unter osteuropa@dgo-online.org.